



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Englische Politik und deutsche Interessen : (Schluß.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Phantast hat, wie wir sehen, aus dem Herzen einer großen Menge seiner Landsleute gesprochen. Die jagellonische Tradition bedeutet ein polnisches Reich in der Ausdehnung, welche dieses in der Zeit seiner höchsten Macht hatte, von der türkischen Grenze bis zur Ostsee. Davon zu träumen, wird man keinem Polen verwehren, im Munde eines Politikers rühren solche Träume an Landesverrat. Wir sind neugierig, ob die Tiroler und Oberösterreicher, die Westfalen und Rheinländer instande sein werden, vor ihrer Reichstreue und ihrem Nationalgefühl auch jetzt noch die Gemeinschaft mit den Polen damit zu rechtfertigen, daß diese zwar erklärte Feinde des Reiches und des Deutschtums, aber Ultramontane sind. Damit wäre der traurige Beweis geführt, daß jene trotz aller entrüsteten Proteste wirklich ihr Vaterland ultra montes erblicken.



Englische Politik und deutsche Interessen.

(Schluß.)



Deutschland darf an der Ostsee keine guten Häfen gewinnen; denn es ist gegen das Interesse Englands, wenn sich eine deutsche Kriegsflotte entwickelt — das war von Anfang an der eigentliche Grund, wenn die britische Politik in dem Streite um Schleswig-Holstein für Dänemark Partei nahm. Andre Gründe waren immer nur Schein und Vorwand. Unter den Mächten, die Preußens Aktion während der Erhebung der Schleswig-Holsteiner von 1848 einschränkten und lähmten, war England eine der eifrigsten, ihm vorzüglich dankten wir das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852, welches den dänischen Gesamtstaat zu erhalten bestimmt war. Als Dänemark wider das damalige Übereinkommen am 30. März 1863 Holstein aus der bisherigen Gemeinschaft ausschloß und später Schleswig faktisch dem Königreiche einverleibte, und als darauf zunächst der deutsche Bund die Zurücknahme der betreffenden Verordnung unter Androhung von Exekution forderte, unterstützte das Londoner Kabinet die Ausflüchte, mit denen das Kopenhagener Ministerium seine Weigerung zu rechtfertigen suchte. Die damals am Ruder befindlichen Whigs waren Deutschland ganz ebenso feindlich wie die Tories. Sie hatten dies bereits im Februar bewiesen, als Preußen mit Rußland eine Übereinkunft zu gemeinsamem Handeln gegenüber dem polnischen Aufstande geschlossen hatte. Lord Russell schrieb damals an Buchanan, den englischen Gesandten in Berlin, die preußisch-russische Konvention

habe in England große Unzufriedenheit erregt. Preußen ergreife damit ohne jeden Grund Partei in dem „Kriege gegen Polen.“ Der Gesandte solle sich Abschrift des Vertrags erbitten. Buchanan bekam eine abschlägige Antwort, und als er sich gegen Bismarck verwunderte, daß, während Österreich sich geneigt zeige, in der Angelegenheit mit England und Frankreich zusammenzuwirken, Preußen sich als Verbündeter Rußlands der Unterdrückung der Polen anschließe, und daß es doch „für Preußen besser scheine, etwas von den Sympathien Europas, die sich Österreich zuwendeten, für sich zu erwerben,“ wurde ihm erwidert, es sei Preußen nicht möglich, von seiner seit Jahren befolgten Politik abzugehen, und Rußland, welches in dieser Zeit vor den unausbleiblichen Folgen der Ermunterung nationaler Bestrebungen in Polen (durch Wielopolski) gewarnt habe, jetzt das Petersburger Kabinet aufzufordern, den Polen die für dieselben beantragte Autonomie zu gewähren.

Kehren wir zur schleswig-holsteinischen Frage zurück. Am 29. September richtete Russell an den deutschen Bund eine Depesche, in welcher er von der Exekution gegen Dänemark als von einer Maßregel abmahnte, gegen welche England sich nicht gleichgiltig verhalten könne. „Ihrer Majestät Regierung würde, sagte er, diese militärische Okkupation nicht als eine rechtmäßige Ausübung der Macht des deutschen Bundes anerkennen, noch zulassen, daß sie mit dem Namen einer eigentlichen Bundesexekution bezeichnet würde. Ihrer Majestät Regierung erjucht daher die deutsche Bundesversammlung sehr ernstlich, einzuhalten und die Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark der Vermittlung andrer Mächte zu unterwerfen, die der Streit nicht berührt, die aber bei der Erhaltung des europäischen Friedens und der Unabhängigkeit Dänemarks tief interessiert sind.“

Die Exekution wurde dadurch nicht aufgehalten, und bald nahmen die Dinge eine Wendung, die in London noch weniger gefiel. Bismarck bemerkte dem von Russell nach Berlin gesandten Lord Wodehouse, die neue dänische Verfassung, welche Schleswig mit dem Königreiche Dänemark vereinigt habe, müsse vor dem 1. Januar für nicht anwendbar auf dieses Herzogtum erklärt sein, widrigenfalls hielten sich die deutschen Großmächte für nicht mehr an das Londoner Protokoll gebunden. Russell vernahm das „mit Erstaunen“ und meinte, Österreich und Preußen hätten sich durch Unterzeichnung des Protokolls nicht bloß Dänemark, sondern auch den andern Vertragsmächten gegenüber verpflichtet. Eine Nichterfüllung von seiten Dänemarks könne einen Grund zur Beschwerde abgeben, die deutschen Mächte aber nicht von dem Vertrage befreien. Die englische Regierung betrachte eine Lossagung derselben von letzterem als unverträglich mit dem guten Glauben unter den Mächten Europas. Bismarck gab diese Auffassung der Sache nicht zu, sondern erklärte, Preußen und Österreich hätten sich 1852 nur Dänemark gegenüber verpflichtet und würden befugt sein, diesem den Krieg zu erklären, wenn es seine Zusage nicht hielte, der Krieg aber

würde alle Verträge mit den Dänen, also auch das Londoner Protokoll, vernichten.

Russell verlangte nun am 31. Dezember Entscheidung der Frage auf einer Konferenz. Er schrieb dabei mit echt englischer Insolenz: „Wann endlich wird Dänemark Ruhe vor diesen unaufhörlichen Anforderungen hoffen können? Wenn seine Unabhängigkeit gewahrt bleiben soll, so wäre besser, es leistete jetzt Widerstand, als es ließe sich durch stete, immer nutzlose Zugeständnisse schwächen. . . . Dänemark hat ein Recht, die Grenzen der Ansprüche Deutschlands zu erfahren und in die Möglichkeit versetzt zu werden, diesen langwierigen und ermüdenden Streit seinem Ende entgegenzuführen. Mag es elf Jahre lang sich seinen Verbindlichkeiten entzogen haben, mag Deutschland diese Zeit hindurch Dänemark mit unausführbaren Forderungen gequält haben, so ist es jetzt Zeit, diesem Streit ein Ziel zu setzen. Die Mächte, die den Londoner Traktat unterzeichnet haben, sind nebst dem deutschen Bunde in erster Reihe dazu berufen, die Bedingungen eines endgiltigen Übereinkommens festzustellen. Ihrer Majestät Regierung verlangt daher im Interesse des Friedens, daß eine Konferenz der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterschrieben haben, im Vereine mit einem Abgeordneten des deutschen Bundes in Paris oder London zur Verhandlung über die Streitigkeiten zwischen Deutschland und Dänemark zusammentrete, und daß bis zur Beendigung der Arbeiten dieser Konferenz der status quo aufrecht erhalten bleibe.“ In einer andern Depesche an den englischen Gesandten in Berlin fügte Russell hinzu, die britische Regierung könne nicht glauben, daß Preußen sich zu einem Eroberungskriege gegen Dänemark herbeilassen werde. Wenn die deutsche Nationalität in Holstein und zum Teil in Schleswig ein Grund zur Zertrümmerung Dänemarks werden sollte, so könnte dasselbe wegen der polnischen Nationalität im Großherzogtume Posen Preußen gegenüber der Fall sein. Nur durch Festhalten an den Verträgen könne Preußen die Sympathie und Zustimmung der übrigen Mächte erlangen, durch entgegengesetztes Verhalten würde es sich die Verurteilung aller Unbefangenen zuziehen, nur auf jenem Wege könne ein europäischer Krieg vermieden werden.

Diese heuchlerische Schulmeisterei mit ihrer Drohung machte selbstverständlich in Berlin geringen Eindruck, und die Heere der deutschen Großmächte rückten nach der Eider vor, um Schleswig für die Erfüllung ihrer Forderungen in Pfand zu nehmen. Nochmals warnte und drohte Russell, indem er am 18. Januar 1864 den englischen Botschafter in Berlin anwies, er möge in den entschiedensten Ausdrücken Herrn von Bismarck und womöglich auch den König auf die äußerste Ungerechtigkeit und Gefahr aufmerksam machen, die darin liege, wenn man sich durch die Besetzung Schlesiens materielle Bürgschaften verschaffen wolle. Ein solches Verhalten werde verhängnisvoll für den Frieden sein, denn der Krieg werde, einmal begonnen, sich nicht auf die ersten Grenzen beschränken lassen, wie es sich 1853 bei der russischen Okkupation

der Donaufürstentümer gezeigt habe, welche zum Krimkriege führten. Ähnliches ließ der englische Minister in Wien vorstellen, hier wie dort vergebens, und nun dachte Russell an Gewaltmittel. Aber Frankreich, das sich dabei mit ihm verbinden sollte, lehnte seinen Antrag auf „eventuelles Zusammenwirken zur Unterstützung Dänemarks in seinem Widerstande gegen eine Zerstückelung“ ab, indem Napoleon u. a. geltend machte: „Es wäre verhältnismäßig leicht für England, einen solchen Krieg zu führen, der sich auf Operationen zur See, auf Blokade und Wegnahme von Schiffen beschränken würde. Schleswig und England liegen fern von einander. Aber der Boden Deutschlands berührt sich mit dem französischen, und ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich wäre der unheilvollste und gewagteste, den das Kaiserreich führen könnte.“

Die Dinge gingen darauf ihren Gang ohne weitere Einsprüche Englands gegen das deutsche Recht und Interesse. Schleswig wurde besetzt und das dänische Heer vertrieben. Dann folgte eine Konferenz in London und ein Waffenstillstand. Auf der Konferenz erklärten die deutschen Bevollmächtigten zunächst, das Ziel ihrer Regierungen sei ein Frieden, welcher den Herzogtümern absolute Bürgschaften gegen die Wiederkehr fremder Unterdrückung gewähre und durch Beseitigung jedes Anlasses zum Streite, zur Revolution und zum Kriege Deutschland die Sicherheit im Norden wiedergebe, deren es bedürfe, um nicht wieder in ähnliche Krisen wie die jetzige zu verfallen. Diese Bürgschaften seien aber nur in der vollständigen Unabhängigkeit der durch gemeinsame Institutionen zu vereinigenden Herzogtümer zu finden. Als die dänischen Mitglieder der Konferenz diesen Vorschlag selbst für den Fall einer Anerkennung der Erbfolgerechte des Königs von Dänemark als völlig unannehmbar ablehnten, verlangten die Vertreter Preußens, Österreichs und des deutschen Bundes gänzliche Trennung der Herzogtümer von Dänemark und deren Vereinigung zu einem Staate unter der Souveränität des Erbprinzen von Augustenburg.

England versuchte noch ein letztes in seinem Interesse: es ließ den Londoner Vertrag von 1852 fallen und schlug eine Teilung Schlesiens mit der Schlei als Grenze vor. Aber die deutschen Bevollmächtigten erklärten diese Grenzlinie für unannehmbar, weil bei derselben die Gründe der Erregung und Agitation nicht dauernd beseitigt werden würden, und die Konferenz ging bald nachher ergebnislos auseinander. Die Feindseligkeiten begannen von neuem und endigten mit dem Frieden, in welchem der König von Dänemark zu gunsten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich auf alle seine Rechte an die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg verzichtete.

Sehr zum Verdrusse Englands, was sich in einer Depesche Lord Russells vom 20. August aussprach. Es hieß da u. a.: „Die englische Regierung hat den Angriff Österreichs und Preußens gegen Dänemark von vornherein für ungerecht gehalten und beklagt tief, daß der Erfolg der Kriegführung dazu benutzt werden soll, eine Teilung Dänemarks herbeizuführen. . . Die Regierung Ihrer Majestät

hätte wenigstens gehofft, daß der nördliche Teil Schleswigs bei Dänemark gelassen werden würde. . . Von Billigkeit und Mäßigung kann nach Lage der Sache nicht die Rede sein. Die Regierung Ihrer Majestät blickt mit Sorge auf das Geschick der Herzogtümer [scil. die nun am Ende mit ihren Häfen preußisch werden könnten]. Sie wünscht die Forderungen der Bevölkerung bei der Wahl des künftigen Herrschers [die nun erst für die englische Politik existirten, weil sie jetzt gegen Preußen und das deutsche Interesse gerichtet waren] berücksichtigt und freie konstitutionelle Einrichtungen für die Herzogtümer bewilligt zu sehen. Nur auf diesem Wege kann sie hoffen, die Ruhe Europas und das Wohl der Herzogtümer gesichert zu sehen.“

Man sieht, Heuchelei und Mißwollen gegen Preußen bis zum letzten Augenblick. Jene Hoffnungen und Wünsche gingen 1866 wie die früheren in die Brüche, ohne daß das Wohl der Herzogtümer, welches der englischen Politik angeblich so sehr am Herzen lag, irgend Schaden gelitten hätte.

Was hatte Deutschland während des letzten Krieges mit Frankreich der englischen Politik zu verdanken? Der Standard, ein Organ der Konservativen, das aber in auswärtigen Fragen gelegentlich auch für Gladstone und seine Kollegen das Wort ergreift, hat die Behauptung aufgestellt, „ohne die Freundschaft Englands für Deutschland im Jahre 1871 würden Elsaß und Lothringen im gegenwärtigen Augenblicke französisches Gebiet sein, und ohne diese Freundschaft würden Elsaß und Lothringen wohl wieder französisches Gebiet werden.“ Die Hundstagshitze war groß, als dies geschrieben wurde, sonst wäre eine solche Äußerung von Hirnverbranntheit nicht zu erklären gewesen. Lothar Bucher sagt in seiner Schrift: „Der Parlamentarismus, wie er ist“ (S. 131) von der Partei Gladstones, die damals wie heute die Politik Großbritanniens bestimmte: „So lange und so oft diese Clique eine Stimme im Räte von England hat, haben die Völker des Festlandes sich bitterer Feindschaft zu versehen, und der theologische Haß, der einem ihrer Redner in Augenblicken einen raubtierähnlichen Ausdruck verleiht, ruht auf keinem Volke stetiger und unveröhnlicher als auf dem deutschen, von dem man die neue schöpferische Idee erwartet.“ Rechnen wir zu diesem Haße noch die geringe Umsicht und die Unentschlossenheit, welche diese Neupeeliten immer bekunden, wenn es sich in der auswärtigen Politik Englands um Thaten handelt, so wird jene Äußerung des Standard von vornherein als völlig unglaubwürdig erscheinen. Aber auch die Geschichte spricht mit einer Reihe von Thatfachen gegen sie: England hat uns zwar während des Krieges in einem Teile seiner Presse Sympathie bewiesen und einige seiner hervorragenden Männer, Carlyle und John Stuart Mill z. B., redeten unsern guten Rechte mit Entschiedenheit das Wort; seine Regierung aber hat in dieser Zeit nicht das mindeste für, wohl aber mancherlei gegen uns gethan, und was Elsaß und Lothringen betrifft, so kann man mit voller Sicherheit sagen: hätte sie ernstlich darein zu reden gehabt, so besäße Deutschland diese Landstriche heute nicht.

England konnte damals den Krieg verhindern, wenn es den Mut hatte, das klare Recht Deutschlands in Paris rückhaltlos anzuerkennen und mit Festigkeit zu vertreten. Seine Regierung fand diesen Mut nicht, sie folgte ihren Vorurteilen und ihrer Mißgunst gegen Deutschland, und ihre Vermittlung war so schwächlich, daß wir sie als mitschuldig am Ausbruche des von Napoleon frevelhaft provozierten Kampfes bezeichnen können. Wenn sie, gestützt auf das 23. Protokoll der Pariser Konferenz von 1856, in welchem die europäischen Mächte übereingekommen waren, bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten die guten Dienste einer befreundeten Regierung anzurufen, bevor sie zu den Waffen griffen, in Paris Vorstellungen machte, geschah dies nur, um den Schein des Wohlwollens einigermaßen zu bewahren. Ihr letztes Wort hatten diese Herren schon vorher gesprochen, als Lord Lyons, der britische Botschafter in Paris, dem Herzoge von Gramont nichts entschiedeneres hatte erwidern können, als daß seine Regierung „Ursache habe, sich enttäuscht, um nicht zu sagen verletzt zu fühlen,“ da man sie zu dem Glauben gebracht habe, Frankreich verlange nichts als den Rücktritt des Erbprinzen von Hohenzollern von der spanischen Thronkandidatur, während man jetzt, nachdem England dafür gewirkt, auf einmal mehr fordere. Es hat einmal englische Staatsmänner gegeben, die sich das nicht hätten bieten lassen, und einer derselben hat 1855 erklärt, den ersten, welcher den europäischen Frieden breche, sofort zu Boden schlagen zu wollen. Der Vertreter des Ministeriums Gladstone begnügte sich mit jenem kläglichen Lamento, welches er noch dadurch abschwächte, daß er die Unterredung mit den Worten schloß, „wie dem aber auch sein möge, die freundschaftliche Stimmung, welche das glückliche Ergebnis eines langjährigen herzlichen Einverständnisses zwischen den beiden Regierungen und den beiden Nationen sei, habe keine Einbuße erlitten.“

England blieb also neutral. Aber nicht genug damit, seine Haltung erwies sich bald als das, was man in seiner Sprache als *fraudulent neutrality* zu bezeichnen pflegt. Seine Kaufleute und Fabrikanten versorgten unter den Augen der Regierung die Franzosen mit allerlei Kriegsbedarf, namentlich ermöglichten sie der französischen Flotte Operationen in den deutschen Gewässern durch massenhafte Lieferungen von Kohlen, und als Deutschland gegen dieses völkerrechtswidrige Treiben protestirte und Abhilfe verlangte, erklärte man sich zuerst außerstande, dieselbe zu gewähren, und gab zuletzt nur vage Versprechungen. Man stand offenbar im Rate der Königin Viktoria mit seinen Wünschen auf der Seite Napoleons und that, was man ohne offen Partei zu nehmen thun konnte, um ihm den Krieg zu erleichtern und den Deutschen den Sieg zu erschweren. Als der Sieg sich trotzdem den Deutschen zuneigte und Thiers seinen bekannten Bittgang zu den neutralen Höfen antrat, um dieselben zur Verwendung für Frankreich zu bewegen, war Lord Granville, der englische Minister des Auswärtigen, sofort bereit dazu, doch nur für den Fall, daß

Rußland und Österreich sich anschließen, und dieser Fall trat nicht ein. Die englische Regierung aber fuhr fort, Frankreich heimlich und indirekt zu begünstigen, etwa so, wie sie früher die Konföderirten des Südens der nordamerikanischen Union begünstigt hatte. Sie erließ kein Verbot gegen die Waffenausfuhr, weil es, wie der preussische Botschafter in London schrieb, gegen ihre Gefühle verstieß, jetzt (nach Deutschlands Erfolgen) diejenige Politik zu verändern, welche sie zu einer Zeit eingeschlagen, wo sie noch nicht wissen konnte, auf welche Seite sich das Kriegsglück wenden würde. Sie legte ferner dem Parlament ein Foreign Enlistment Act vor und betonte bei Verteidigung desselben, daß die früheren Gesetze dadurch nur ergänzt, nicht abgeändert werden sollten — ein Verfahren, über das Bismarck an Graf Bernstorff schrieb: „Wenn es einerseits nicht zweifelhaft ist, daß nach der Lage der Verhältnisse das neue Gesetz ausschließlich Frankreich zugute kam, indem es Deutschland die Beschaffung von Schiffen, an denen es am meisten Mangel litt, unmöglich machte, während andererseits die englische Regierung sich weigerte, die alten Gesetze zur Verhinderung des Exports von Waffen und Munition anzuwenden und dadurch das Vereinigte Königreich zu einem großen Kriegsarsenal für unsre Gegner werden ließ, so erhält infolge dessen jenes neue Gesetz einen gegen Deutschland feindlichen, wenigstens praktisch übelwollenden Charakter. . . Sodann aber habe ich die Ehre, zu bemerken, daß unsre Beschwerden über die Handhabung der englischen Neutralitätsgesetze ebenfalls aus einer Zeit herkommen, wo wir noch keine Siege erfochten hatten, daß zur Zeit ihrer Abfassung Frankreich noch zwei starke Armeen besaß, während seine Flotten die Nord- und Ostsee beherrschten, und daß es daher nichts weniger als gleichgiltig für uns sein konnte, ob England durch die Art der Handhabung seiner Neutralität die Vorteile wesentlich vergrößerte, welche Frankreich aus unsrer Schwäche zur See zog. Aber auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen möchte es dem deutschen Volke schwer einzureden sein, daß es unritterlich sei, sich darüber zu beschweren, daß durch die offene Duldung der Waffenausfuhr unserm mit großen eignen Opfern überwältigten Feinde die Mittel in die Hand gegeben werden, einen Kampf zu verlängern, der, wenn auch sein schließliches Resultat dadurch nicht wesentlich geändert werden sollte, doch jedenfalls beiden Teilen umsomehr Blutvergießen und Opfer kosten wird. Dies mit den sonst so vielfach betonten Humanitätsrückichten und Friedenswünschen Englands in Einklang zu bringen, möchte dem beredtesten Verteidiger einer solchen Neutralitätspolitik vor der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht leicht gelingen. Ich vermag daher Ev. Exzellenz Hoffnung, das deutsche Volk werde in einem ruhigeren Augenblicke die gegenwärtige Haltung der Regierung Großbritanniens weniger streng als jetzt während der Hitze des Kampfes infolge der zu ihm herübergekommenen Nachrichten von der täglichen Versorgung seines Feindes mit englischen Waffen leider nicht zu teilen.“

Bei der ersten Unterredung, die Bismarck mit Favre (in Haute Maison) hatte, spielte die britische Diplomatie die Vermittlerrolle, und am 20. Januar 1871 nahm das Londoner Kabinet sich Frankreichs von neuem an, indem es den deutschen Kanzler durch Odo Russell fragen ließ, ob er zu Friedensverhandlungen geneigt sei, und um Mitteilung seiner Bedingungen bat. Später, während der Verhandlungen mit Thiers, muß Bismarck Nachrichten über bedenkliche Absichten der Neutralen erhalten haben, und es wird erlaubt sein, anzunehmen, daß England hierbei vorzugsweise oder allein in Frage stand. Moritz Busch berichtet hierüber (Unser Reichskanzler, Bd. 2, S. 97 ff.): „Der Kanzler war nach seinen damaligen Äußerungen gegen seine Umgebung sehr in Sorge, daß jede Verzögerung des Abschlusses [des Präliminarfriedens] und namentlich eine etwaige Verweigerung der Ratifikation durch die Nationalversammlung in Bordeaux den neutralen Mächten Anlaß zur Einmischung in die Friedensverhandlungen bieten und Deutschland entweder um die Früchte seiner Siege bringen oder zu neuen Kriegen nötigen könne. Er sagte einmal nach Unterzeichnung der Präliminarien: »Ich bin bei jeder Post in der Sorge gewesen, eine Eröffnung irgendeiner der neutralen Mächte zu erhalten, ähnlich wie die in Horitz 1866 von Napoleon; es braucht nur eine davon der Kaze die Schelle anzuhängen, und wir haben sie alle auf dem Halse.« Als dann Thiers erklärte, wenn er weder Metz noch Belfort erhalte und den Franzosen wiederbringe, so könne er die Verantwortung nicht tragen, sondern müsse nach Bordeaux zurück, um die Entschließung der Volksvertretung herbeizuführen, holte Bismarck von neuem die Ansicht der militärischen Autoritäten ein, und da diese auf Belfort im Vergleiche mit Metz nur geringen Wert legten, so verzichtete er auf Belfort und erlangte dadurch den Abschluß. Nach demselben fühlte er sich freier von der Befürchtung vor Einmischung der übrigen Großmächte — einer Befürchtung, unter deren Eindruck er schon über die lange Dauer der Belagerung von Paris wiederholt seine Unruhe und Besorgnis zu erkennen gegeben hatte. An Kriegssentschädigung forderte der Kanzler ursprünglich acht Milliarden, während Thiers sich nur zu zweien verstehen wollte. Die Einigung erfolgte bekanntlich auf fünf Milliarden, nachdem die von Frankreich angerufene englische Vermittlung erfolglos geblieben war. Der Kanzler war für Odo Russell, der von seinem Kabinet beauftragt war, Vorstellungen zu gunsten Frankreichs zu machen, solange unsichtbar, bis Thiers in das deutsche Verlangen gewilligt hatte.“

Als der letzte Krieg zwischen Rußland und der Pforte auszubrechen drohte, bewahrte Deutschland im Gegensatz zu dem Verhalten Englands im Sommer und Herbst 1870 eine strenge und gewissenhafte Neutralität, und der Kanzler sprach sich am 5. Dezember 1876 im Reichstage über seine Ansichten folgendermaßen aus: „Jedenfalls wird unser Bestreben dahin gerichtet sein, in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unsern bisherigen Freunden bewahren; in zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaft-

liche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittlung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unsrer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten nach Möglichkeit zu erhalten, also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisieren. Gelingt das nicht, so entsteht eine neue Lage, über die ich mich in Konjekturen nicht einlassen kann, und über die Sie von mir heute keine Auskunft verlangen werden.“

Diese neue Lage sollte bald eintreten. „Inzwischen aber, so berichtet Busch (a. a. D. Bd. 2, S. 173 ff.), jedenfalls aus bester Quelle, wurden von verschiedenen Seiten Versuche gemacht, den Kanzler von seiner vorsichtigen Politik abzubringen. Im Januar 1877 beschwor ihn die »Times,« zu befehlen, daß Ruhe gehalten werde. Etwas später richtete sie eine gleiche bewegliche Ansprache an den Kaiser Wilhelm. Als der Fürst Bismarck im April um Enthebung von seinem Posten gebeten hatte, brachte der »Czas,« das Organ der aristokratisch-ultramontanen Partei unter den Polen, der durch seine Patrone, die Radziwills, die Czartoryskis u. a. mitunter recht gute Nachrichten über die Stimmung, die Absichten und die Vorgänge in Hofkreisen und sonst in den obern Sphären der Gesellschaft empfängt, eine Mitteilung, laut welcher die Königin Viktoria vor einiger Zeit direkt an Bismarck geschrieben haben sollte, um ihm Einspruch gegen einen Angriff Rußlands auf die Pforte zu empfehlen. Die Antwort habe ausweichend gelautet. Darauf sei ein zweiter Brief Ihrer britischen Majestät an den deutschen Reichskanzler ergangen, in welcher sie ihm jenes Einschreiten dringender ans Herz gelegt habe. Die Antwort drückte sich — so meldete das polnische Blatt — etwas bestimmter aus, sie war aber noch nicht nach dem Geschmacke der Königin, und so wendete sie sich jetzt mit einem Schreiben an den Kaiser, um ihn und Deutschland für den ausbrechenden Krieg [gegen das englische Interesse am Bosphorus] verantwortlich zu machen. Wir haben, fährt Busch fort, Ursache, diesen Bericht für glaubwürdig zu halten, und dürfen hinzufügen, daß jenes Ansinnen, nach welchem wir den russischen Nachbar, ohne durch unsre Verhältnisse und Bedürfnisse veranlaßt zu sein, lediglich aus Gefälligkeit gegen England, damit dieses sich nicht zu sehr für seine kommerziellen und politischen Interessen in der Türkei zu erhitzen brauchte, zu nötigen verpflichtet gewesen wären, sich ruhig zu verhalten — daß also jenes mindestens sehr eigentümliche Verlangen auch noch auf einem andern für Kenner der Persönlichkeiten des Berliner Hofes unschwer zu erratenden Wege [durch die Kaiserin Augusta?] an den König gelangt ist, der, durchaus friedfertig gesinnt und von dem aufrichtigen Wunsche befeelt, sich selbst und dem deutschen Volke neue Kriege erspart zu sehen, in dieser Stimmung geneigt sein konnte, Wünschen und Ratschlägen Gehör zu geben, die nach der Meinung derjenigen, die sie ihm vortrugen, dem Frieden dienten. Derartige Ratschläge können aber, wenn sie nicht von einer hohen Intelligenz und einem weiten Blicke, der alle in betracht zu

ziehenden Umstände und Möglichkeiten klar überschaut, eingegeben sind, gerade zum Gegenteile dessen, was damit bezweckt wird, also gerade zum Kriege führen. Gesezt, der Kaiser und sein Kanzler hätten sich von London aus bestimmen lassen, Deutschland hätte sich in Positur gesezt und nach Osten hin Ruhe geboten, Rußland aber hätte sich an das Machtwort nicht gefehrt und marschiren lassen, was würde geschehen sein? Entweder hätte Deutschland zur Erzwingung des Friedens einen gefährlichen Krieg auf sich nehmen müssen, bei dem man im günstigsten Falle Blut und Geld für England geopfert haben würde, oder das deutsche Machtwort hätte, ohne Nachdruck mit Thaten bleibend, nur die Ohnmacht Deutschlands den Russen gegenüber dargethan, wir wären einer schweren Demütigung verfallen, und zwar obendrein im Dienst der Interessen einer Macht, die den Deutschen kaum jemals im Ernste wohlgewollt hat und die ihnen ihre gegenwärtige Bedeutung in Europa sicher nur insofern gönnt, als sie sich vielleicht einmal zur Förderung von Zwecken ihrer Kaufmannspolitik gewinnen und verwenden lassen könnte."

Als es sich nach dem Frieden von San Stefano darum handelte, die Bestimmungen desselben mit den Interessen des nichtrussischen Europas, also auch Englands, in Einklang zu bringen, hat die deutsche Politik nicht ermangelt, sich an der Arbeit zu beteiligen, und ihrer Haltung vorzugsweise gebührt das Verdienst, wenn das Ergebnis schließlich wie in Osterreich so auch in England befriedigte. Auch in verschiedenen andern Fragen von Bedeutung, die seitdem die europäischen Kabinette beschäftigten, in der ägyptischen z. B., hatten die Engländer keinen Anlaß, sich über die Art und Weise, in welcher die deutsche Politik geleitet wurde, zu beschweren. Umsomehr mußte die Haltung überraschen, welche das Ministerium Gladstone in den letzten Monaten Deutschland gegenüber zu beobachten für gut hielt. Dieselbe war einerseits eine hochmütige und geringschätzige, andererseits eine hinterlistige — ein Widerspruch, der zwar bei einem Politiker wie Gladstone sich eher von selbst versteht als wunder nimmt, aber immerhin verstimmten muß. Der deutsche Reichskanzler richtete an das auswärtige Amt in London die Anfrage, ob England auf ein Stück Land an der Walfischbucht im Namaqua-Lande (Angra Pequenna), das ein Bremer Kaufmann von den Eingebornen durch Kauf erworben hatte, Rechte zu haben glaube, und blieb acht Monate ohne Antwort, obwohl die Sache sehr einfach war, also kein langes Nachsuchen und Überlegen erforderte. Endlich wurde nach wiederholtem Erinnern erwiedert, England habe kein solches Recht. Nachdem aber der Reichskanzler dies in der bekannten Abend Sitzung der Budgetkommission mitgeteilt hatte, versuchte man englischerseits, nachträglich durch ein ebenso durchsichtiges als illoyales Manöver ein Recht der Art zu schaffen oder doch das gegebene Zugeständnis illusorisch zu machen, indem man die Kapkolonie veranlaßte, sich herrenlose Gebiete in der Umgebung von „Vüderigland," wie man die Niederlassung von Angra Pequenna seitdem bezeichnet, ohne weiteres auf

dem Papier anzueignen, lediglich um jener die Lebensluft abzuschneiden, ihre Ausdehnung unmöglich zu machen und ihr das Hinterland zu versperren. Gladstone wird sich, wenn sein Haß und seine Mißgunst gegen Deutschland seinen Verstand nicht völlig verdunkelt haben, überlegen, ob er in diesem Stile fortfahren und die Beschlüsse des kapländischen Parlaments gutheißen soll. Ohne ausdrückliche Gutheißung seinerseits sind sie selbstverständlich null und nichtig, höchstens ein neuer Beweis für die Doppelzüngigkeit der jetzt in London am Ruder befindlichen Staatsmänner und für ihre Neigung, in allen Verhandlungen mit festländischen Mächten krumme Wege einzuschlagen — eine Neigung, die wir der französischen Kolonialpolitik gegenüber in der letzten Zeit sattfam zu beobachten Gelegenheit hatten. Das englische Mutterland mag seinen Kolonien in innern Angelegenheiten die freieste Bewegung gestatten, aber eine Selbständigkeit nach außen hin haben sie nicht, und erlauben sie sich Annexionen, die andre Staaten beeinträchtigen, so überschreiten sie ihre Befugnis. Die Regierung daheim allein ist dafür verantwortlich.

Wir empfehlen diesen Rückblick mit der Frage, ob Deutschland irgendwelchen Anlaß hat, die englische Politik in den jetzt auf der Tagesordnung befindlichen Angelegenheiten mit besonderm Eifer zu unterstützen? Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Frage uns in kurzer Zeit noch nähertreten und uns ernstlicher beschäftigen wird als heute.



Ein Beitrag zur Grundsteuerfrage.



erkanntlich wird von fortschrittlicher Seite die Natur der Grundsteuer als einer „Reallast“ daraus hergeleitet, daß die Auflegung der Grundsteuer sich allerdings als eine Art einmaliger Vermögenskonfiskation darstelle, daß aber diese Konfiskation nur den damaligen Eigentümer betroffen habe und von jedem folgenden, also auch von dem jetzigen bei der Übernahme schon berücksichtigt worden sei, sodaß eine ganze oder teilweise Wiederaufhebung ein „ungerechtfertigtes Geschenk an den zufälligen jetzigen Besitzer“ sein würde.

Diese ganze Argumentation scheint uns nun an und für sich eine sehr fadenscheinige zu sein. Denn es ist, wie uns bedünken will, durchaus nicht abzusehen, warum nicht ebensogut dem jetzigen „zufälligen Eigentümer“ ein Geschenk gemacht werden soll, wie dem damaligen „zufälligen Eigentümer“ ein Teil seines Besitzes konfisziert wurde. Der Boden ist doch da, er soll bebaut